

## NGO im Einsatz für die Menschenrechte

### Ruf nach einer unabhängigen Kontrollinstanz

cs. Die Schweiz wird im Mai wie die übrigen 192 Mitgliedstaaten der Uno in einem Dialog mit dem Menschenrechtsrat Rechenschaft über ihre Menschenrechtspolitik ablegen müssen. Die Kontrolle erfolgt im Rahmen der Universal Periodic Review (UPR), dem vom Menschenrechtsrat geschaffenen Kontrollmechanismus. Die Staaten haben dazu einen Bericht zur Lage der Menschenrechte in ihrem Land zu verfassen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hat am Dienstag zu einem Konsultationstreffen eingeladen. 30 im Bereich der Grundrechte und Menschenrechte in der Schweiz tätige NGO haben dieses Treffen zum Anlass genommen, ihre gemeinsame Stellungnahme zur Menschenrechtssituation in einem elfseitigen Bericht zu veröffentlichen. Unter ihnen finden sich Alliance Sud, Caritas, die Schweizer Sektion von Amnesty International, die Erklärung von Bern, Swissaid, Terre des Hommes, Pink Cross, Stop Suicide usw. Auffallend ist, wer fehlt: etwa die Schweizer Sektion der internationalen Juristenkommission.

#### Ein Sammelsurium

Wie hilfreich die Auflistung von Defiziten ist, die die NGO in den unterschiedlichsten Bereichen auszumachen glauben, sei dahingestellt. Zunächst irritiert die Zusammenstellung vor allem. Der Bericht führt in über 30 Punkten in den verschiedensten Bereichen Defizite bzw. Forderungen auf. Eine Gewichtung ist schwer erkennbar. Und nachvollziehbar ist die Kritik, die von ihrem Ansatz her eigentlich schwerwiegend wäre - immerhin geht es um die Menschenrechte -, in den meisten Fällen schon gar nicht. Sie kulminiert in der Feststellung: Es bestehe ein Defizit bei den institutionellen Mechanismen zur erfolgreichen Umsetzung der ratifizierten Menschenrechtsinstrumente. Dass auch die schweizerische Rechtspraxis nicht über jeden Zweifel erhaben ist und dass auch in unserem Land wie andernorts permanent über die Beachtung und Durchsetzung der Menschenrechte zu wachen ist, ist unbestritten. Eine Konzentration auf wenige Kritikpunkte, die dann aber auch so dargelegt werden, dass erkennbar würde, in welchem Ausmass Menschenrechte verletzt werden, hätte jedoch ernsthafte Kenntnis genommen werden müssen. Aus dem fast beliebig anmutenden Sammelsurium kann jeder herausgreifen, was ihm gerade ein Anliegen ist.

Eine Stossrichtung hebt der Bericht hervor. So unterstreichen die NGO die Verschärfung Migrationspolitik durch das neue Ausländer- und Asylgesetz. Dabei sei es zu Einschränkungen der Rechte der Migranten gekommen, die zum Teil nicht mehr im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen stünden. Die Verschärfung führen die Verfasser auf in der Bevölkerung vorhandene Gefühle der Unsicherheit und des Misstrauens zurück, die im politischen Diskurs missbraucht worden seien. Neben Kritik am Status von Ausländern und an Asylverfahren spricht der Bericht auch Defizite im Bereich der Kinderrechte, bei der Gleichstellung von Behinderten sowie die Diskriminierung von Frauen im Alltag an. Weiter wird auf Verletzungen von Menschenrechten durch die Polizei, auf unverhältnismässig lange Ausschaffungshaft, die auch gegenüber Minderjährigen angeordnet werde, und auf chronisch überfüllte Strafanstalten hingewiesen. Die Diskriminierung von Fahrenden wird ebenso moniert wie die large Waffengesetzgebung. - Ein Allerlei von Kritikpunkten eben.

#### Ein ständiges Monitoring

Die wichtigsten Empfehlungen schliesslich fasst der Bericht auf einer neun Punkte umfassenden Liste zusammen. Als Erstes wird gefordert, eine unabhängige Menschenrechtsinstanz auf nationaler Ebene zu schaffen. Dieser soll beratende Funktion bei der Umsetzung zukommen, gleichzeitig könnte sie nach Meinung der NGO ein Monitoring zur Menschenrechtssituation sicherstellen. Gefordert wird ferner, die Menschenrechte und ihre Bedeutung in der Bevölkerung besser zu verankern. Die Verfasser des Berichts bedauern schliesslich, dass wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in der Schweiz lediglich als Sozialziele definiert sind und nicht als einklagbare Rechte eingefordert werden können.